

Sprecherinnengremium:

- Saskia Betke**
Amt und Gemeinde Trittau
Europaplatz 5
22946 Trittau
Tel.: 0 41 54 80 79 41
s.betke@trittau.de
- Anna-Theresa Boos**
StadtBrunsbüttel
Amt Burg-St. Michaelisdonn
Am Rathaus 8
25693 St. Michaelisdonn
Tel.: 0 48 25 93 05 74
anna-theresa.boos@burg-st-michaelis-
donn.de
- Ulrike Cinieri**
Verwaltungsgemeinschaft
Stadt Barmstedt - Amt Hörnerkirchen
Am Markt 1
25355 Barmstedt
Tel.: 04123 681-275
u.cinieri@stadt-barmstedt.de
- Gudrun Dietrich**
Gemeinde Stockelsdorf
Ahrensböcker Str. 7
23617 Stockelsdorf
Tel.: 0451/4901-117
g.dietrich@stockelsdorf.de
- Kirsten Schöttler-Martin**
Amt Nordsee-Treene
Schulweg 19
25866 Mildstedt
Tel.: 0 48 41/9 92-2 33
k.schoettler-martin@amt-nordsee-
treene.de
- Utta Weißing**
Gemeinde Harrislee
Süderstr. 101
24955 Harrislee
Tel.: 04 61/7 06-1 18
gleichstellung@gemeinde-harrislee.de

„Taten statt warten“

Pressemitteilung zur geplanten Schließung des Lübecker Marienkrankenhauses

Kiel 19.01.2023/ Anlässlich der aus der Presse bekannten Übernahmepläne für das Lübecker Marienkrankenhaus durch das UKSH zeigt sich die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Schleswig-Holstein besorgt in Bezug auf die landesweite Versorgung von Frauen rund um die Geburt.

„Wir setzen uns für die schwangeren und gebärenden Frauen in Schleswig-Holstein ein. Die defizitäre Geburtshilfe im Land darf keinesfalls noch weiter abgebaut oder qualitativ verschlechtert werden. Stattdessen muss das im Koalitionsvertrag der Landesregierung definierte Ziel der möglichst wohnortnahen Versorgung in der Geburtshilfe mit Angeboten der Vor- und Nachsorge, besonders auch durch Hebammen, erreicht werden, um werdende Eltern bestmöglich zu unterstützen“, so LAG-Sprecherin Gudrun Dietrich, Gleichstellungsbeauftragte aus Stockelsdorf.

„Es braucht schnell ein verbindliches und sorgfältig durchdachtes Konzept für ein bedarfsgerechtes Versorgungsangebot für die Geburtshilfe in Schleswig-Holstein. Das Land steht in der Pflicht, dies in der Krankenhausplanung umzusetzen. Satt an die Bundesregierung zu verweisen, müssen in Schleswig-Holstein zeitnah eigene Lösungen entwickelt werden!“ fordert Elke Sasse, Gleichstellungsbeauftragte der Hansestadt Lübeck.

„Fest steht, dass Schwangerenversorgung ein nationales Gesundheitsziel ist. Dennoch wird in Schleswig-Holstein seit 20 Jahren die flächendeckende Grundversorgung mit klinischer Geburtshilfe abgebaut - zu Lasten der schwangeren und gebärenden Frauen“, ergänzt Dietrich. „Von 25 Geburtsstationen wurden bisher landesweit 7 geschlossen. Dadurch haben Gebärende und ihre Angehörigen längere Wege, zum Teil unter Wehen, sind erheblich mehr Stress ausgesetzt und mussten schon auf Parkplätzen gebären. Auch die Arbeitsbelastung des Personals in den verbleibenden Kliniken dürfte sich kaum reduziert haben“, führt die Gleichstellungsbeauftragte Dietrich weiter aus.

„Bei rund 1400 Geburten im Jahr im Marienkrankenhaus stellt sich die Frage, in welchen Kreisläufen die Geburten in den avisierten 5 Monaten bis zur Umsetzung der Planung auf angemessenem Qualitätsniveau durchgeführt werden sollen und ob die notwendige 1:1-Betreuung durch Hebammen während der „aktiven“ Geburtsphasen gewährleistet werden kann“, kritisiert Elke Sasse.

„Auch für die hochsensible Zeit direkt nach der Entbindung mit allen Herausforderungen, wie Stillen und Rückbildung, sei es wichtig, dass Mutter und Kind in einer stressfreien Atmosphäre untergebracht und individuell betreut werden“, so Dietrich.

Die Gleichstellungsbeauftragten fordern die Beibehaltung der Geburtsstation im Marienkrankenhaus sowie die Sicherung förderlicher Arbeitsbedingungen für das Klinikpersonal und appellieren an das Land, Umstrukturierungen in der Geburtshilfe nicht zu Lasten von Frauen und Kindern zuzulassen.

Pressekontakt:

Birgit Pfennig
Geschäftsstelle der LAGs kommunaler Gleichstellungsbeauftragter in Schleswig-Holstein
Walkerdamm 1
24103 Kiel
Tel.: 0431-30034721

geschaeftsstelle@gleichstellung-sh.de

